

## Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 23.05.2017, 19:00 Uhr – 20:40 Uhr

1. Treffen Vernetzungsforum Politische Teilhabe

Teilnehmer: 6

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke
Buba	Hanspeter	BASIS-Institut
Gottwald	Monika	Stadträtin
Rannenberg	Laura	BASIS-Institut
Schelter	Werner	
Von Ende	Catarina	Behindertenrat Fürth

## Inhalt

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba.....	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba .....	2
3 Diskussion .....	3

## **1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba**

Herr Buba vom BASIS-Institut in Bamberg heißt die Anwesenden zur 1. Sitzung des Vernetzungsforums Politische Teilhabe willkommen und bedankt sich für das Erscheinen. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Im Anschluss daran erläutert er kurz den Ablauf der heutigen Sitzung.

## **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba**

Herr Buba resümiert die Auftaktveranstaltung und erklärt das Vorgehen der heutigen Sitzung sowie das der folgenden Vernetzungsforen.

Er weist eingangs darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung darum gehen wird, über positive Erfahrungen und Probleme bezüglich des Themas Politische Teilhabe zu sprechen. Wichtig ist hierbei zu eruieren, was bereits sehr gut läuft, was aber auch noch schlecht läuft und wo Verbesserungsbedarf vor Ort besteht. Wichtig ist zudem in der heutigen Sitzung, darüber zu sprechen, welche Vertreter oder Institutionen unbedingt noch bei den Vernetzungsforen oder an anderen Stellen im Planungsverlauf des Aktionsplans mitwirken sollten und wie erreicht werden kann, dass sich diese einbringen. Herr Buba lädt alle Anwesenden ein, mit zu diskutieren und erinnert daran, dass es heute darum geht, Ideen zu sammeln und festzuhalten. Dabei gibt es kein „richtig“ oder „falsch“. Es ist zunächst auch egal, ob Ideenvorschläge wirklich realisiert werden können. Vielmehr geht es um eine erste Gedankensammlung, weshalb die Themenreihenfolge in der ersten Sitzung des Vernetzungsforums noch völlig beliebig ist.

Da es bei der Auftaktveranstaltung keine Arbeitsgruppe zum Thema „Politische Teilhabe“ gab, präsentiert Herr Buba Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Sprache

und Verständnis“, die bei der Auftaktveranstaltung erarbeitet wurden, da beide Themengebiete Schnittstellen, wie zum Beispiel die Kommunikation, aufweisen. Er bittet alle Anwesenden darum, diese Punkte zu ergänzen und zu korrigieren.

### **3 Diskussion**

Bei der Auftaktveranstaltung wurde unter anderem die Erkennbarkeit von Behinderungen diskutiert und das damit zusammenhängende spezifische Kategorien- bzw. Schubladendenken von Nicht-Betroffenen. Mittels der Schulung eines Bewusstseins und Erleben von Diversität könnte das Schubladen-Denken aufgebrochen werden, gleichwohl es als elementare Grundlage unserer Wahrnehmung dient und Erkennbarkeit teilweise notwendige Voraussetzung von Kommunikation ist.

Die TeilnehmerInnen sprechen sich deutlich gegen die Etikettierung von bestimmten Behinderungen aus, beispielsweise gegen Symbole auf der Jacke. Auf diese solle höchstens freiwillig und in akuten Gefährdungsbereichen, wie zum Beispiel eine Warnweste beim Radfahren eines gehörlosen Menschen, zurückgegriffen werden.

Herr Baumgartner merkt an, dass viele Grundlagen (z.B. Leichte Sprache) noch geschaffen werden müssen, sodass ein Mensch mit Behinderung in der Politik überhaupt Fuß fassen kann. Diese Basis muss in den politischen Gremien selbst geschaffen werden und die Rahmenbedingungen umstrukturiert werden. Frau Gottwald schlägt vor, dass - da es ja bereits viele Ausschüsse gibt auf kommunaler Ebene - auch ein Ausschuss zu Behindertenhilfe geschaffen werden sollte, beispielsweise als Pendant zur Kinder- und Jugendhilfe. Denkbar wäre auch eine Vertretung für Menschen mit Behinderung und Behindertenangelegenheiten beispielsweise im Sozialausschusses. An diesen Vertreter könnten auch weitere Kooperationsträger andocken und eine Zusammenarbeit dadurch besser vernetzt werden. Auch andere Personengruppen, wie beispielsweise Senioren, könnten sich mit überschneidenden Interessensgebieten an diesen Vertreter bzw. diesen

Ausschuss wenden. Zudem wird vorgeschlagen, dass hier ebenfalls die Arbeit des Behindertenrates eingebracht werden könnte. Die Idee der Gründung eines Ausschusses wird einhellig begrüßt.

Herr Buba erkundigt sich nach der Haltung bezüglich der Thematik Barrierefreiheit in den verschiedenen Parteien im Stadtrat. Von den TeilnehmerInnen wird die Notwendigkeit betont, andere stets aufs Neue zu sensibilisieren und auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung aufmerksam zu machen. Frau Gottwald erläutert, dass ihrer Meinung nach das Thema Barrierefreiheit ein Selbstläufer ist und dass es durchaus kooperationsbereite Interessierte in allen Parteien gibt. Außerdem wird angemerkt, dass andere Parteien schnell in Zugzwang geraten und sich folglich auch der Thematik widmen. Hierin sieht sie aber keine Nachteile, denn es kann nur von Vorteil sein, wenn sich so viele Menschen wie möglich Gedanken zu diesem Thema machen. Hin und wieder werde das Thema Menschen mit Behinderung zur Imageverbesserung genutzt.

Weiter erkundigt sich Herr Buba nach dem Eindruck der Anwesenden bezüglich der politischen Teilnahme von behinderten Menschen. Herr Baumgartner erzählt, dass Menschen mit Behinderung eher weniger in der Politik aktiv sind. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen zählen Menschen mit Behinderung oftmals zur Personengruppe der Politikverdrossenen. Zum anderen sind sie mit ihren Anliegen und dem Abklappern von diversen zuständigen Stellen beschäftigt, sodass sie nicht genügend Zeit haben, um sich aktiv an Politik zu beteiligen. Teils erschweren auch die Rahmenbedingungen politische Partizipation, beispielsweise das Fehlen von behindertengerechten Toiletten oder Leichter Sprache, kurzum die fehlende Barrierefreiheit von Parteisitzungen: Die Politik muss mehr auf die Menschen mit Behinderung eingehen, die gerne politisch teilhaben möchten, aber durch diverse Schwierigkeiten daran gehindert werden.

Weiter wird mehr Aktivität seitens des Behindertenrates gefordert. Dieser solle in seiner Arbeit aktiver nach vorne gehen und offensiv zeigen, dass sie am Geschehen mitmachen wollen. Ein nachhaltiges Insistieren wäre von Vorteil.

Gleichzeitig wird das besondere Engagement und die Aktivität von Frau Kirchner hervorgehoben und angemerkt, dass der Behindertenrat in Kooperation mit ihr einiges voranbringen könnte. Der Behindertenrat solle viele öffentliche Aktionen veranstalten, um die Aufmerksamkeit bei den Zuständigen der Stadt zu erwecken.

Angemerkt wird, dass die Homepage der Stadt Fürth für viele Menschen nicht barrierefrei ist, unter anderem auch wegen der kleinen Schriftgröße. - Bei Wahlen gibt es bereits brauchbare Ansätze: Zwar sind, wie Herr Baumgartner kritisiert, die Wahllokale in der Stadt Fürth oft nicht barrierefrei. Aber Blinde Menschen können (bei Bundestagswahlen z. B.) Schablonen für die Wahlzettel anfordern mit denen eine selbständige Wahl möglich ist.

Frau von Ende schlägt vor, dass eine einheitliche DIN-Normen für Leichte Sprache eingeführt werden sollte.

#### **4 Verabschiedung**

Bezugnehmend auf den weiteren Verlauf des Vernetzungsforums verweist Herr Buba auf andere Aktionspläne Inklusion, wo ebenfalls im Rahmen des Erstellungsprozesses Maßnahmen aus dem Bereich Politische Teilhabe erstellt wurden. Er schlägt vor, sich mit diesen Maßnahmenvorschlägen in der nächsten Sitzung näher zu beschäftigen, um einen weiteren Input für die Bedarfslagen in der Stadt Fürth zu erhalten. Die TeilnehmerInnen begrüßen einhellig dieses Verfahren.

Im Anschluss an die Diskussion erläutert Herr Dr. Buba das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt bzw. per Mail zugesandt. Das nächste Vernetzungsforum zum Thema Politische Teilhabe wird im Juli stattfinden. Dann wird versucht, die Beschreibung der Ist-Situation zu ergänzen, zu strukturieren und erste Maßnahmen zu kreieren. Am Ende der zweiten Sitzung soll demzufolge ein grober Maßnahmenkatalog vorliegen.

Er bedankt sich zum Abschluss der Sitzung des Vernetzungsforums noch bei allen Anwesenden und hofft auch weiterhin auf Erscheinen in den Sitzungen. Er wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll

BASIS-Institut

Laura Rannenberg